

Feuerwehr Hessen *news*



Im Blickpunkt

**Hessische Feuerwehren und Bundesverband DFV
fordern zeitgemäße Zivilschutzfahrzeuge**



LFV Hessen

Sonderausgabe Informationsdienst
des Landesfeuerwehrverbandes
Hessen
Nr. 4, Juli 2015

Herausgeber:

Landesfeuerwehrverband
Hessen e. V.
Kölnische Straße 44 – 46
34117 Kassel
Telefon 05 61/78 89-4 51 47
Telefax 05 61/78 89-4 49 97
E-Mail: Info@feuerwehr-hessen.de
Internet:
www.feuerwehr-hessen.de

Redaktion:

Ralf Ackermann
Günter Fenchel
Harald Popp
Birgit Sattler
Holger Schönfeld

Titelbild:

wiesbaden.112

Wir danken wiesbaden.112
für die freundliche Genehmigung
zur Verwendung der Bilder

Partner des LfV:



Kopieren erwünscht

Bitte machen Sie diese Informationen allen interessierten Feuerwehrangehörigen zugänglich. Bitte hängen Sie die wichtigsten Informationen außerdem am »Schwarzen Brett« aus.

Resolution der 61. DFV Delegiertenversammlung 2014

Zivilschutz wieder auskömmlich finanzieren!

Feuerwehren fordern versprochene Modernisierung der Bundes-Fahrzeuge

Die Menschen in Deutschland können sich auf schnelle, professionelle Hilfe der Feuerwehren an jedem Ort jederzeit verlassen. Die Kommunen als Träger der örtlichen Gefahrenabwehr, die Kreise und Länder, die zuständig sind für den Katastrophenschutz, und der Bund als Garant für den Zivilschutz sind in der Pflicht, dafür eine zeitgemäße und ausreichend dimensionierte Ausstattung bereit zu stellen.

Gemäß § 13 ZSKG ergänzt der Bund den Katastrophenschutz der Länder in den Aufgabenbereichen Brandschutz, Betreuung, ABC- und Sanitätswesen. Nach Bund-Länder-Konzept von 2007/2008 sind in diesen Bereichen insgesamt 5.046 Bundesfahrzeuge in Deutschland vorgesehen. Der Zivilschutz hat damit nach der Wiedervereinigung eine erhebliche Friedensdividende erbracht: Allein in den alten Bundesländern waren bis zur Wende insgesamt 12.000 Bundesfahrzeuge einsatzbereit. Alle diese Fahrzeuge müssen im Zusammenhang mit den ehrenamtlichen Mannschaften gesehen werden, die ohne Ausrüstung und Einsatzgelegenheiten dauerhaft nicht im Dienst zu halten sind.

Die sogenannte Unterstützungskomponente Brandschutz umfasst seit 2007 planerisch 955 Löschgruppenfahrzeuge LF-KatS und 466 Schlauchwagen SW-KatS. 130 Löschfahrzeuge fehlen mittlerweile aufgrund von Stilllegungen, und 440 sind älter als 24 Jahre; das sind mehr als 60 Prozent des Gesamtbestandes.

Ursache für diesen unhaltbaren Zustand ist allein die Tatsache, dass der Bund die 2007 gegebenen Finanzierungszusagen von jährlich 57 Mio. € für den erweiterten Katastrophenschutz als Teil des Zivilschutzes nicht einhält. Allein mit den stillgelegten 130 Fahrzeugen waren planerisch 2.300 Einsatzkräfte verbunden. Werden die überalterten 440 Fahrzeuge einbezogen, so ergibt sich ein Potenzial von 12.000 Feuerwehrmännern und -frauen, deren Einsatzbereitschaft zeitnah gefährdet ist und damit die Motivation, weiterhin ehrenamtlich zu helfen. Unser System ist effizient durch Mehrfachnutzen und wird alleine vom guten Willen der darin mitwirkenden Bürgerinnen und Bürger getragen.

Der Zivilschutz erfordert auch künftig einen leistungsfähigen Fachdienst Brandschutz zum Schutz kritischer Infrastrukturen und angesichts asymmetrischer Bedrohungen. Außerdem ist die Kernkomponente ABC zwingend auf die Unterstützungskomponente Brandschutz angewiesen. überörtliche Einsätze und grenzüberschreitende Einsätze sind nur mit einheitlichen, nicht-kommunalen Fahrzeugen leistbar.

Die 61. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes appelliert deshalb an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung

- den zugesagten Finanzierungsanteil des Bundes von 57 Mio. € dauerhaft wieder im Haushalt zu verankern und
- einmalig 18 Mio. € zusätzlich im Bundeshaushalt 2015 zur Verfügung zu stellen, damit kurzfristig weitere 69 Löschgruppenfahrzeuge LF KatS beauftragt werden können, für die Bestelloptionen bestehen.

Lippstadt, den 27.09.2014

»Der Weg ist das Ziel« (Konfuzius) ... oder eine etwas andere Feuer- wehr-Aktion !

Seit Jahren fordern der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und damit auch die Landesfeuerwehrverbände eine zeitgemäße und ausreichend dimensionierte Ausstattung des Zivilschutzes durch den Bund. Dies hat beispielsweise auch die 61. DFV- Delegiertenversammlung mit einer Resolution vom 27.09.14 (siehe Abdruck auf Seite 2) nachdrücklich deutlich gemacht.

Nach den gesetzlichen Grundlagen sind u.a. die Kommunen als Träger der örtlichen Gefahrenabwehr zuständig. Nach § 13 des Zivil- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) ergänzt der Bund den Katastrophenschutz der Länder in den Aufgabenbereichen Brandschutz, Betreuung, ABC- und Sanitätswesen. Nach einem Bund-Länder-Konzept von 2007/2008 waren in diesem Bereich bundesweit über 5000 Fahrzeuge vorgesehen, wobei die sogenannte Unterstützungskomponente für den Brandschutz 955 Löschgruppenfahrzeuge LF-KatS und 466 Schlauchwagen SW-KatS vorsieht. Der Bund hat die in 2007 gegebenen Finanzierungszusagen von jährlich 57 Mio. € bislang nicht eingehalten, so dass die erforderlichen Modernisierungen der KatS-Bundesfahrzeuge nicht annähernd, den Erfordernissen entsprechend, umgesetzt wurden.



»Lagebesprechung« bei der BF Wiesbaden. LfV-Präsident Ralf Ackermann (mitte, rechts) gibt letzte Hinweise zur geplanten Aktion

Nach dem Berechnungskonzept des Bundes stehen allein Hessen 71 Bundeslöschfahrzeuge LF 16 zu. Tatsächlich gibt es aber nur 51 Fahrzeuge, wovon 50 älter als 25 Jahre sind. Zuweisungen von Neufahrzeugen für Hessen gibt es derzeit nicht. Die 61. Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen (LFV Hessen) hat hierzu am 25.04.2015 einstimmig eine entsprechende Resolution verabschiedet (siehe Abdruck auf Seite 5).

Die überfällige Modernisierung der Bundesfahrzeuge im Zivilschutz waren für den LFV Hessen und einige betroffene hessische Feuerwehren aktueller Anlass, um sich anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) in Mainz, die Ende Juni stattfand, mit ihren Anliegen direkt an Bundesminister Thomas de Maizière zu wenden. Bei dieser Gelegenheit konnten zwei entsprechende Resolutionen (siehe Seite 5) übergeben werden. Begleitet wurde die »etwas andere Feuerwehraktion« durch einen Autokorso von neun hessischen LF KatS-Fahrzeugen, die alle älter als 25 Jahre sind.

Die Aktion im Einzelnen – das Protokoll:

• **Donnerstag, den 25.06.15,
10.30 Uhr**

Insgesamt neun der über 25 Jahre alten LF KatS-Fahrzeuge treffen bei der Feuerwache II der Berufsfeuerwehr Wiesbaden zum geplanten Autokorso nach Mainz zur IMK ein. Die Fahrzeuge kommen aus den Landkreisen Offenbach, Main-Taunus, Hochtaunus, Rheingau-Taunus, Darmstadt-Dieburg und von der Feuerwehr Wiesbaden.

LFV-Präsident Ralf Ackermann und sein Vize Wolfgang Reinhardt machen bei einem »Briefing« noch einmal die Hintergründe für die »etwas andere Feuerwehraktion« deutlich. Man zeigt sich erfreut, dass es trotz der geringen Vorlaufzeit gelungen ist, doch recht kurzfristig eine so große Beteiligung von hessischen Feuerwehren zu erzielen. LFV-Präsident Ralf Ackermann dankt allen Teilnehmern und betont, dass »dies kei-



ne Demonstration im üblichen Sinn ist. Mit einem geordneten Autokorso der alten Einsatzfahrzeuge, der auch auf die Belange des fließenden Verkehrs am

IMK-Tagungsort Rücksicht nimmt, wollen wir aber auch ein Zeichen setzen. Schließlich sind die Feuerwehren auch ein Teil der Zivilgesellschaft und



Gruppenbild mit Dame: Neun hessische Katastrophenschutzfahrzeuge und Mannschaften sind zum Abmarsch bereit. Vorne links Präsidiumsmitglied Wolfgang Reinhardt als Vertreter des LFV-Hessen.



Die hessische Feuerwehrdelegation im Gespräch mit »ihrem« Innenminister Peter Beuth (oben) und seinem bayerischen Amtskollegen Joachim Herrmann (rechts)



müssen sich äußern, wenn es aus ihrer Sicht Kritikpunkte gibt«. Der organisatorische Ablauf der Aktion wird festgelegt. Ausdrücklicher Dank für die logistische Unterstützung geht zudem an die Berufsfeuerwehr Wiesbaden.

• **Donnerstag, den 25.06.15, 11.30 Uhr**

Die erschienenen Pressevertreter werden kurz über die Aktion unterrichtet. Es folgt dann ein Fototermin auf dem Ausrück-

hof der Berufsfeuerwehr und Aufstellung zum Abmarsch zum Konferenzzentrum der IMK nach Mainz. Alle Fahrzeuge sind mit Plakaten beklebt, die auf das Dienstalster hinweisen – ab Baujahr 1985.

Resolution zur 61. LfV-Verbandsversammlung – 15. April 2015, Laubach

Die Hessischen Feuerwehren fordern neue Katastrophenschutzfahrzeuge des Bundes

Der Bund – vertreten durch den Bundesminister des Innern – hat als Träger des Zivilschutzes die Pflicht, diesen Bereich der Gefahrenabwehr flächendeckend mit moderner Ausstattung zu versehen. Dazu hat sich der Bund auch gegenüber den Bundesländern in einem gemeinsamen Konzept verpflichtet, bis 2025 über 5.000 Bundesfahrzeuge bereit zu stellen.

Hessen verfügt derzeit nur noch über 50 Bundeslöschfahrzeuge und deren Durchschnittsalter beträgt 26 Jahre. Von den erforderlichen 71 Bundeslöschfahrzeugen ist in unserem Bundesland lediglich ein neueres Fahrzeug vorhanden.

Die Feuerwehren als Rückgrat des Bevölkerungsschutzes können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn eine den Anforderungen entsprechende moderne Technik vorhanden ist. Es wird zunehmend schwieriger, bei den Feuerwehren vor Ort um die Einsatzbereitschaft für den Zivil- und Katastrophenschutz zu werben, mit solch einer prekären Ausstattungssituation bei den Bundesfahrzeugen.

Die Hessischen Feuerwehren fordern deshalb vom Bundesinnenminister eine umgehende Modernisierung der Bundesausstattung für den Zivilschutz in Hessen. Außerdem sind bei den aktuellen Beschaffungen neue Löschfahrzeuge »LF Kats« des Bundes für Hessen bereit zu stellen.

• Donnerstag, den 25.06.15, ab 12.00 Uhr

Jeweils zwei Fahrzeuge KatS Bund bewegen sich im zehnmütigen Abstand durch die Mainzer Innenstadt – unweit des Tagungszentrums. Dies sorgt allgemein für Aufmerksamkeit und einige Passanten fragen sich: »Was ist eigentlich los?«.

Die Feuerwehr-Delegation trifft im Tagungszentrum ein. LFV-Präsident Ralf Ackermann, der gleichzeitig auch in offizieller Funktion als Vizepräsident des DFV dabei ist, und LFV-Vizepräsident Wolfgang Reinhardt melden sich im Tagungsbüro der IMK-Konferenz, hier ist das Innenministerium Rheinland-Pfalz federführend, an. Folgendes ist beabsichtigt: Für den LFV Hessen will Vize Wolfgang Reinhardt und für den DFV Ralf Ackermann jeweils eine Resolution zur »Ausstattung mit KatS Bundesfahrzeugen im Zivilschutz« überreichen. Der Bundesinnenminister wird informiert, befindet sich aber zunächst noch in der Mittagspause.

• Noch immer Mittagspause, aber dennoch wichtige Gespräche

Geduldiges Warten im Hotel-Foyer und auch Frank Hachemer, Präsident des LFV Rheinland-Pfalz, kommt noch hinzu. Die hessisch/rheinlandpfälzische Feuerwehrdelegation sorgt schnell für Aufmerksamkeit. Hessens Innenminister Peter Beuth kommt als erstes auf die Delegation zu und lässt sich über die geplante Aktion informieren. Im Nu erweitert sich der informelle Gesprächskreis um die Innenminister Roger Lewentz (Rheinland-Pfalz), Joachim Herrmann (Bayern), Reinhold Gall (Baden-Württemberg), Markus Ulbig (Sachsen) und Lorenz Caffier (Mecklenburg-Vorpommern). Natürlich stehen bei diesen Gesprächen immer wieder Themen des Brand- und Katastrophenschutz im Mittelpunkt und die Feuerwehrspitzen geben hierzu geduldig Antwort. LFV Hessen-Präsident und DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann resümiert: »Noch nie so viele Innenminister auf einmal – schon allein diese Gespräche waren äußerst wichtig.«

• Donnerstag, den 25.06.2015, ca. 13.30 Uhr

Das lange Warten wird belohnt. Bundesinnenminister de Maizière erscheint. Und begrüßt freundlich die Feuerwehrdelegation. In seiner Eigenschaft als DFV-Vizepräsident überreicht Ralf Ackermann eine entsprechende Resolution und ebenso LFV-Vizepräsident Wolfgang Reinhardt. Frank Hachemer, Präsident LFV Rheinland-Pfalz, leistet Beistand.

Es folgen ein kurzer Meinungsaustausch und die Zusage des Bundesinnenministers, sich um die Anliegen zu kümmern.

• Ein erstes Resümee

LFV-Präsident Ralf Ackermann zeigt sich mehr als zufrieden mit dem Verlauf der Aktion: »Wir haben unser Ziel erreicht, auf verschiedenen Ebenen die notwendige Aufmerksamkeit für unsere aktuellen Anliegen im Zivilschutz zu erreichen – vor allem auch beim Bundesinnenminister. Jetzt wird hoffentlich die Politik reagieren und wir glauben, dass nunmehr sich etwas bewegen wird und die erforderlichen Mittel hoffentlich bald zur Verfügung gestellt werden.«

HOLGER SCHÖNFELD

Die Resolutionen sind übergeben. Jetzt liegt es an Bundesinnenminister de Maizière, sich der Thematik anzunehmen.





links: Länderübergreifende Zusammenarbeit – auch Frank Hachemer, Präsident des LFV Rheinland-Pfalz (mitte) beteiligte sich an der Diskussion mit RLP-Innenminister Roger Lewentz.

rechts: Lorenz Caffier, Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern (2. v. r.) war ebenfalls an einem Gespräch interessiert



22.06.2015 Pressedienst

Zivilschutz: Feuerwehrverband lehnt Verteilungskampf mit der Polizei ab

DFV sieht Löschfahrzeuge des Bundes in Gefahr

Berlin – Zur Frühjahrstagung der Innenministerkonferenz (IMK) fordert der Spitzenverband der Feuerwehren die Rücknahme von Kürzungen beim Zivilschutz und Transparenz bei der Haushaltsplanung. „Der Bund gibt seit Jahren etwa neun Millionen Euro weniger, als er mit den Ländern vereinbart hat. Offenbar fehlt es hier nicht an Geld, sondern am politischen Willen“, sagt Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV).

DFV-Präsident Kröger fordert die Innenminister und -senatoren der Länder auf, sich bei der IMK in dieser Woche in Mainz für eine Aufstockung der Haushaltsmittel im Zivilschutz einzusetzen. „Der Zivilschutz wird überwiegend ehrenamtlich geleistet, er lebt vom guten Willen der dort engagierten Feuerwehrfrauen und -männer. Diese Menschen verdienen ein Zeichen des guten Willens aus der Politik, denn sie gehen für diese Gesellschaft sprichwörtlich durchs Feuer“, so Kröger.

Feuerwehr-Präsident Kröger: Zivilschutz wird kaputt gespart

Nach Informationen des DFV geht es beim so genannten Kamingsgespräch der Konferenz um die Verwendung zusätzlicher Gelder im Innenressort. Mit den Feuerwehren konkurrieren darum aber auch die Bereitschaftspolizeien der Länder. Eine Staatssekretärsrunde hatte zuvor dem Vernehmen nach zusätzliche Gelder verteilen sollen, aber keine Einigung erzielt. „Wir lassen uns nicht hinter verschlossenen Türen gegen die Polizei ausspielen“, betont der Feuerwehr-Präsident. „Bund und Länder schulden den Ehrenamtlichen zumindest ein transparentes Entscheidungsverfahren und ein offenes Abstimmungsverhalten.“

Gemäß Bund-Länder-Absprache soll der Bund den Zivilschutz mit jährlich 57 Millionen Euro fördern, hat in den vergangenen Jahren aber nur jeweils rund 48 Millionen Euro veranschlagt. In diesem Jahr gibt es eine einmalige Erhöhung von fünf Millionen Euro. Der Feuerwehrverband pocht auf eine verlässliche Finanzierung, damit die 1.400 Feuerwehrfahrzeuge des Bundes konzeptgemäß ersetzt und damit auf den Stand der Technik gebracht werden können.

„Angesichts der aktuellen Spannungen an Europas Ostgrenzen kann der Zivilschutz nicht noch mehr kaputt gespart werden“, erläutert DFV-Präsident Kröger. Der Bund stellt mit seinen Löschfahrzeugen und Schlauchwagen ein Gesamtkonzept zur Verfügung, das nicht nur im Spannungsfall sinnvoll und notwendig ist. Rund 20.000 Ehrenamtliche stehen mit diesen Fahrzeugen auch bei länderübergreifenden Hochwasserkatastrophen wie 2013, für den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie im Falle von Terroranschlägen zur Verfügung.

R. Ackermann diskutierte mit der »Herrenrunde« die berechtigten Forderungen der Feuerwehren (v.l.): Reinhold Gall (IM Baden-Württemberg und Feuerwehrmann), Roger Lewentz (IM Rheinland-Pfalz), Markus Ulbig (IM Sachsen) und Lorenz Caffier (IM Mecklenburg-Vorpommern).



Feuerwehren gehen auf die Barrikaden

Protest beim Innenminister-Treffen in Mainz / Sorge um Zivilschutz

MAINZ/OFFENBACH • Die Feuerwehren fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Denn zugesagte Millionen bleiben aus - mit gravierenden Folgen für den Zivilschutz.

Ralf Ackermann, in Personation Präsident des Hessischen Landesfeuerwehrverbandes und Kreisbrandinspektor des Kreises Offenbach, zog es gestern über die Landesgrenze hinaus nach Mainz. In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt tagt zurzeit die Innenministerkonferenz, ein Gremium der Ressortchefs aus Bund und Ländern. Ackermann nutzte das Treffen, um Bundesinnenminister Thomas de Maizière eine Resolution des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) zu überreichen. Tenor: Rücknahme von Kürzungen beim Zivilschutz und Transparenz bei der Haushaltsplanung. „Seit Jahren stellt der Bund zirka neun Millionen Euro weniger für die Feuerwehren bereit, als es mit den Ländern vereinbart worden war. Hier fehlt es offenbar nicht an Geld, sondern am politischen Willen“, sagte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger bereits im Vorfeld. So werde der Zivilschutz kaputtgespart.

Was die Feuerwehrleute besonders erzürnt: Nach Informationen des DFV geht es

in Mainz beim sogenannten Kammingespräch, einer internen Runde der Minister, um die Verteilung zusätzlicher Gelder. Mit den Feuerwehren konkurrieren darum aber offenbar auch die Bereitschaftspolizeien der Länder. „Wir lassen uns nicht hinter ver-

mittel für den Zivilschutz. Nur so könnten die 1400 Feuerwehrfahrzeuge des Bundes wie geplant ersetzt und damit auf den Stand der Technik gebracht werden. Denn neben der Sicherheit vor Ort, gehe es ja auch um übergeordnete Aufgaben, sagte Krö-



Lesestoff für den Minister: Ralf Ackermann, Hessens oberster Feuerwehrmann (links), überreicht Bundesinnenminister Thomas de Maizière (rechts) die Resolution im Beisein von Frank Hachemer, Chef des Landesfeuerwehrverbands Rheinland-Pfalz. • Foto: Georg

geschlossenen Türen gegen die Polizei ausspielen“, betonte Kröger. „Bund und Länder schulden den Ehrenamtlichen zumindest ein transparentes Entscheidungsverfahren und ein offenes Abstimmungsverhalten.“

Die Feuerwehren fordern von den Ministern nun eine Aufstockung der Haushalts-

ger mit Blick auf die angespannte Lage an Europas Ostgrenzen. Schließlich stünden 20000 Ehrenamtliche mit diesen Fahrzeugen auch bei länderübergreifenden Hochwasserkatastrophen, für den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie im Falle von Terroranschlägen zur Verfügung. • ad

Weitere Informationen zum Thema gibt es im Netz: www.feuerwehr-hessen.de www.dfv.org

Offenbach-Post und Bildzeitung berichteten über die länderübergreifende Demonstration